

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 3

Rubrik: Kreml und Krillkrebse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

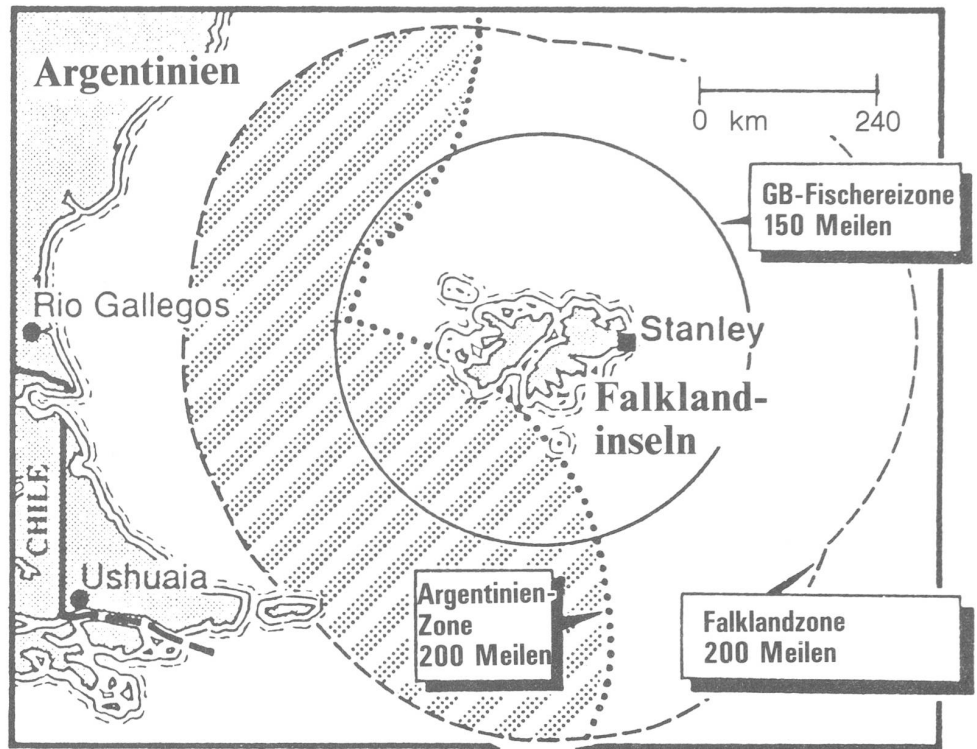
Seltsamerweise hat das mit den Gründen zu tun, die Grossbritannien veranlassen, sich gegen den Südafrika-Boykott zu sträuben. Britischer Schützling in der Region ist nämlich Simbabwe, die ehemalige britische Kolonie Rhodesien. Simbabwe gehört, wie Moçambique oder Angola, zu den Frontstaaten gegen Südafrika und kann es sich politisch auch gar nicht leisten, nicht dazuzugehören. Aber Simbabwe ist gleichzeitig dazu prädestiniert, wirtschaftlich ein vorrangiges Opfer des von ihm (nolens volens) befürworteten Boykotts zu werden. Es ist ein Binnenland, und sein Ausgang zum Ozean führt über Südafrika. Deshalb, so argumentiert man in London, muss man im Interesse Simbawwes alles tun, um ihm diesen Ausgang frei zu halten, und der Ministerpräsident von Simbabwe, Robert Mugabe, würde dem schon zustimmen, wenn er nur dürfte. (Das ist soweit sogar eine ehrliche Argumentation. Die eigenen britischen Interessen kommen bloss noch hinzu.)

Wenn das aber nicht klappt (was angesichts der internationalen Entwicklung durchaus möglich ist), wäre Simbabwe ganz auf eine andere Verbindung zum Meer angewiesen, und diese führt in Form einer Eisenbahnlinie über das Gebiet von Moçambique nach der Hafenstadt Beira. Diese Linie indessen steht unter ständiger Bedrohung der Renamo-Kräfte, und das wiederum erklärt das britische Engagement in Moçambique.

Genaugenommen handelt es sich zunächst um 6000 Mann aus Simbabwe, die von britischen Offizieren bloss instruiert werden. Hinzu kommt, dass die Briten auf dem gleichen grenznahen Simbabwe-Stützpunkt auch ein bescheidenes Kontingent (120 Mann) von Soldaten aus Moçambique ausbilden, und hinzu kommt, dass die Briten eine andere Eisenbahnlinie (die von Moçambique nach Malawi führt) mit eigenen Kräften schützen. Dabei handelt es sich allerdings nicht um offizielle britische Streitkräfte, sondern um die Truppen einer privaten Gesellschaft, der Defence Systems Ltd.

Damit wäre die beiderseitige Interessenlage soweit plausibel erklärt. Indessen geht es gleichzeitig um mehr, nämlich um die Frage, ob Moçambique nicht im Begriff ist, aus dem Sowjetlager auszuscheren. Sogenannte «Signale» in Richtung Westen (immer eine umstrittene Frage) hatte das Frelimo-Regime schon zu den Zeiten von Samora Machel abgegeben, und General Joachim Chissano, der jetzige Präsident, hat sie eher noch verstärkt. Moçambique hat sogar auf dem Commonwealth-Sekretariat in London «informell darum ersucht», als Beobachter bei der nächsten Commonwealth-Konferenz zugelassen zu werden. Ebenso «informell» verlautet freilich gleichzeitig, dass Moçambique eben mit der UdSSR einen neuen Waffenlieferungsvertrag auf fünf Jahre geschlossen habe. Wahrscheinlich versucht das jetzige Frelimo-Regime zu balancieren, und man wird sehen, ob es das Seil nicht zwischen Stuhl und Bank gespannt hat.

Ian Tickle und Christian Brügger



Falkland-Fischerei-Fraktionen

Kreml und Krillkrebse

Im vergangenen Oktober gab es reichlich Aufregung, als die britische Regierung von Margaret Thatcher ankündigte, die Fischerei-Schutzzone um die Falklandinseln werde auf 150 Meilen ausgedehnt. Die neue Schutzzone ist nun seit dem 1. Februar in Kraft, das heisst, wer innerhalb dieses Gebietes fischen möchte, muss vorerst in London um Erlaubnis nachsuchen. Argentinien anerkennt die neue Schutzzone nicht, wie es ja auch seinen Anspruch auf die Falklandinseln/Malwinen noch nicht aufgegeben hat.

Sicher ist noch jedermann in bester Erinnerung, wie 1982 die damalige argentinische Militärdiktatur die Briten auf die Probe stellte, indem sie die Inseln besetzte. «Falkland» wurde

zum Fallbeispiel: Die herausgeforderte britische Demokratie setzte sich zur Wehr. Der Falklandkrieg endete mit der Niederlage der Argentinier. Und das war auch der Anfang vom Ende der Militärdiktatur in Buenos Aires.

Argentinien beansprucht längs seiner Küste eine Zone von 200 Meilen, das heisst im Gebiet der Falklandinseln überlappen sich die beiden Fischereigürtel. Buenos Aires und London wettern um internationale Anerkennung der jeweiligen Zone. Die Argentinier unterstützen vorab die Sowjetunion und Bulgarien. Polen mit der grössten Fischereiflotte im südlichen Atlantik wiederum möchte es mit Grossbritan-

Schluss auf Seite 12

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Zusammenhänge

Terroristen in Libanon halten derzeit zwischen 25 und 30 Ausländer fest. Bei den Entführern handelt es sich um Angehörige schiitischer Extremistengruppen. In der letzten Januarwoche sagte der amerikanische Aussenminister, George Shultz, welche Namen die Terroristengruppen auch trügen, sie seien in «hohem Grade» dem Iran verbunden.

Bekannt ist, dass die libanesischen Geiselnnehmer von dem in der iranischen Hauptstadt Teheran heimischen «panislamischen Revolutionsrat» dirigiert werden. Geleitet wird dieser «Revolutionsrat» von den schiitischen Geistlichen. Im Unterschied zu den diversen palästinensischen «Befreiungsbewegungen und den Terroristen vermochten die schiitischen Extremisten in Libanon bis anhin die Struktur ihrer Gruppen weitgehend geheimzuhalten. Unbekannt, mit wenigen Ausnahmen, sind auch ihre Anführer vor Ort, das heisst in der libanesischen Hauptstadt Beirut.

Scheik Hussein Fladllah gilt als der geistige Anführer der «Partei Gottes» («Hisbollah»). Als Sprecher dieser Gruppe, deren Anhängerschaft auf 900 geschätzt wird, hat sich Scheik Ibrahim al-Amin hervorgetan. «Hisbollah» ist in Süd- und Ostlibanon sowie in Westbeirut in Erscheinung getreten.

Mit Geiselnahmen hervorgetan hat sich der «Islamische Heilige Krieg» («Dschihad»). Seine Führung und seine Mitgliederzahl sind unbekannt. Im dunkeln tappt man auch bei den anderen Organisationen, den Terroristen

der «Unterdrückten der Erde» und der «Revolutionären Gerechtigkeit».

Zum neuen Anführer des Netzwerks schiitischen Extremismus ist jüngst in Teheran ein Ayatollah («Zeichen Gottes») ernannt worden: Sayed Hadi Khosrow-Shadi übernahm nun die Leitung der «Weltgesellschaft der islamischen Befreiungsorganisationen». Dem 59jährigen sind auch die schiitischen Terroristengruppen in Libanon unterstellt. Khosrow-Shadi bekleidete nach 1983 den Posten eines iranischen Botschafters im Vatikan, von wo aus er regen Kontakt mit iranischen Extremisten und libyischen Diplomaten unterhalten haben soll.

Seit Khosrow-Shadi gewissermassen zum Oberterroristen bestimmt wurde, rechnen westliche Anti-Terroristen-Experten mit einer Verschärfung des Terrors sowohl in Libanon als auch in Italien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten und in den arabischen Golfstaaten.

Als verdächtige Terroristen wurden vergangenen Monat in Mailand und in Frankfurt a. M. zwei Libanesen verhaftet. Bashir al-Khodur hatte bei der Einreise in Italien zehn Kilo Plastiksprengstoff samt Zündkapseln im Gepäck, und bei Mohammed Ali Hamadi fand die bundesdeutsche Polizei drei Flaschen flüssigen Sprengstoffs.

Die Vereinigten Staaten verlangen von der Bundesrepublik die Auslieferung von Ali Hamadi. Er soll 1985 an der Entführung einer TWA-Passagiermaschine beteiligt gewesen sein. Die Luftpiraten brachten damals die Maschine auf dem Flug von Kairo nach Athen in ihre Gewalt und dirigierten sie nach Beirut um. Sie ermordeten einen amerikanischen Marinesoldaten und hielten die 39 Passagiere während 17 Tagen als Geiseln fest.

Schluss von Seite 11

nien nicht verderben, ebenso Japan und Spanien. Mit Verhandlungen, wie die Briten sagen, liesse sich dieser Falklandkonflikt zwischen London und Buenos Aires beilegen. Aber die Argentinier argumentieren, damit würden sie die britischen Souveränitätsrechte über die Falklandinseln anerkennen.

Grossbritannien wird nun vorgeworfen, unnötigerweise die Auseinandersetzung wieder anzuhetzen. Der britische Schritt hat jedoch einen tieferen Hintergrund. Die Sowjetunion hat einen Fischereivertrag mit Argentinien abgeschlossen, und in diesem Vertrag reklamiert Buenos Aires Hoheitsrechte über die umstrittenen Inseln. Deshalb ergriffen die Briten ihrerseits Massnahmen, das heisst, sie führten nun die 150-Meilen-Zone ein. London sieht im sowjetischen Versuch, in den Südatlantik vorzudringen, die Gefahr, dass Südamerika vom Süden her unterwandert wird.

Die Sowjetunion ist Argentinien's grösster Getreideabnehmer. Ein entsprechendes Abkommen schloss der Kreml 1980 noch mit der Diktatur in Buenos Aires: eine Folge des damaligen amerikanischen Getreide-Embargos als Antwort auf die sowjetische Invasion Afghanistans. Die Sowjets stehen bei den Argentinern in der Kreide. Wohl bezahlen sie die Getreideimporte in harter Währung, die Argentinien seinerseits dringend für die Tilgung seiner Schulden von 48 Milliarden Dollar braucht. Aber Moskau setzt Buenos Aires zunehmend unter Druck, entweder mehr sowjetische Güter zu kaufen oder Verträge über grosse Bauunterfangen abzuschliessen. So möchten die Sowjets den Hafen Bahia Blanca grosszügig ausbauen (angeblich für ihre Getreidefrachter) . . . und an der Südspitze Argentinien's, sozusagen in Sichtweite der Falklandinseln, einen Hafen für die sowjetische Fangflotte aus dem Boden stampfen . . . Bei den Fischereifriktionen um Falkland geht's offenbar nicht nur um den proteinreichen Krillkrebs im Südatlantik. *jb*

Vermutet wird, dass Khosrow-Shadi die beiden Libanesen auf Terror-«Trip» nach Europa schickte. Ihm, das heisst seiner Leitung, wird auch ein Mord in Hamburg zugeschrieben. Am 16. Januar wurde Ali Mohammadi in der Hansestadt ermordet aufgefunden. Er war der persönliche Pilot von Ayatollah Rafsanschani, dem iranischen Parlamentssprecher, gewesen. Im Sommer 1986 setzte sich Ali Mohammadi mit seinem Flugzeug nach Irak und von dort in die Bundesrepublik ab, wo er politisches Asyl erhielt . . .

Die Verschleppung weiterer Ausländer in Beirut ist wahrscheinlich. Gleichzeitig mit der Ernennung von Khosrow-Shadi zum «Oberterroristen» entsandte Teheran Ahmad Dastmalchian als seinen neuen Botschafter in Libanon nach Beirut. Dastmalchian war seinerzeit einer der Anführer bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran gewesen (1978). Bekannt ist, dass er seit seiner Ankunft in Beirut engen Kontakt zu den schiitischen Extremisten unterhält . . .

Aussenminister Shultz sagte im weiteren, mit Terroristen könnten keine Kompromisse geschlossen werden. Sie müssten bekämpft werden. Er forderte die zivilisierte Gemeinschaft eindringlich dazu auf . . . Und möglicherweise, angesichts einer neuen Terrorwelle, wird eines nicht mehr allzu fernen Tages diese Gemeinschaft nicht umhin kommen, als wirksam gemeinsam zu handeln . . . *Jacques Baumgartner*

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—